

# Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 23 / 2016

THEMENSCHWERPUNKT:

KRISEN EUROPAS – UKRAINE, NAHER OSTEN, MIGRATION

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2015
- MUSICA PRO PACE 2015
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

V&R unipress

*Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2015-2016*

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)  
Prof. Dr. Dr. Rauf Ceylan, Islamische Theologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)  
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)  
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück  
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Susanne Menzel, Biologie, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück  
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

*Verantwortlicher Redakteur:* Dr. Henning Buck

*Redaktionelle Mitarbeit:* Joachim Herrmann, Dr. Michael Pittwald, Jutta Tiemeyer

*Einband:* Bruno Rothe / Tefvik Goektepe; Foto: [www.neumayr.cc](http://www.neumayr.cc)

*Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2015-2016 danken wir*

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

*Redaktionsanschrift:* Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche  
Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück  
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668  
Email: [ofg@uni-osnabrueck.de](mailto:ofg@uni-osnabrueck.de) – Internet: [www.friedensgespraeche.de](http://www.friedensgespraeche.de)

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.  
1. Aufl. 2016

© 2016 Göttingen, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, 37070 Göttingen,  
mit Universitätsverlag Osnabrück /<http://www.v-r.de/>. Alle Rechte vorbehalten.  
Printed in Germany: Hubert & Co., Robert-Bosch-Breite 6, 37070 Göttingen.  
Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0645-6  
ISSN: 0948-194-X

## Inhalt

Vorwort der Herausgeber. . . . .	7
Editorial. . . . .	9
<b>I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2015</b>	
<i>Ukraine – Land in der Zerreißprobe?</i>	
Mit Vitali Klitschko, Hans-Gert Pöttering, Reinhard Lauterbach . . . . .	15
<i>Verhärtete Fronten zwischen Israel und Palästina: Was kommt nach den Wahlen?</i>	
Mit Avi Primor, Abdallah Frangi, Muriel Asseburg . . . . .	41
<i>Massentierhaltung – Ist unsere Tierproduktion noch zu verantworten?</i>	
Mit Christian Meyer, Heinrich Bottermann, Bernhard Krüsken . . . . .	69
<i>Flüchtlingseleid weltweit und Willkommenskultur in Osnabrück</i>	
Mit Boris Pistorius, Karin Asboe, Jochen Oltmer . . . . .	101
Adolf Muschg, Männedorf bei Zürich	
<i>Europa sieht Deutschland: Europa und das Vergessen . . . . .</i>	125
<i>Druschba!? – Welchen Weg nimmt das deutsch-russische Verhältnis?</i>	
Mit Matthias Platzeck und Irina Scherbakowa . . . . .	143

**II. MUSICA PRO PACE –  
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2015**

Stefan Hanheide, Osnabrück  
*Die »Alpensinfonie« von Richard Strauss und die  
»Musik für Orchester« von Rudi Stephan in ihren Bezügen  
zum Ersten Weltkrieg . . . . .* 165

**III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG**

Rolf Wortmann, Osnabrück  
*Wozu Geopolitik? Von der Wiederkehr und den Risiken  
einer problematischen Denkfigur . . . . .* 179

Susanne Güsten, Istanbul  
*Schwierige Heimkehr. Das Beispiel aramäischer Christen  
in der Südosttürkei . . . . .* 191

Albrecht Weber, Osnabrück  
*Die Steuerung der Flüchtlingseinwanderung aus  
rechtlicher Perspektive. . . . .* 201

**IV. ANHANG**

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren . . . . . 213  
Abbildungsnachweis . . . . . 219

## Verhärtete Fronten zwischen Israel und Palästina: Was kommt nach den Wahlen?

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität  
am 29. April 2015

<i>Dr. Avi Primor</i>	Botschafter Israels in Deutschland a.D., Tel Aviv
<i>Abdallah Frangi</i>	Gouverneur von Gaza, Palästinensischer Gesandter a.D. in Deutschland
<i>Dr. Muriel Asseburg</i>	Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin
<i>Prof. Dr. Ulrich Schneckener</i>	Universität Osnabrück – Gesprächsleitung

*Ulrich Schneckener:* Der israelisch-palästinensische Konflikt ist seit 1947, seit dem UN-Teilungsplan für das britische Mandatsgebiet Palästina, ein ständiger Begleiter der Weltpolitik. Er ist Kern des größeren Nahost-Konfliktes, der seine regionalen Weiterungen durch die diversen israelisch-arabischen Krisen und Konfliktkonstellationen hat. Einige Schlaglichter zur gegenwärtigen Lage: Aus den jüngsten Wahlen zum israelischen Parlament, der Knesset, gingen der amtierende Ministerpräsident *Benjamin Netanjahu* und seine Likud-Partei als Sieger hervor, ohne jedoch eine eigene Mehrheit zu erringen. Netanjahu, der im Wahlkampf und schon früher die Bildung eines souveränen Palästinenser-Staates ausgeschlossen hatte, verhandelt nun mit mehreren kleinen israelischen Parteien der Rechten und Ultraorthodoxen, um eine Koalition zu bilden, die dann über eine knappe Mehrheit der 120 Sitze in der Knesset verfügen würde. Für den Friedensprozess verheißt der Wahlausgang wenig Gutes, denn Netanjahu regiert seit 2009, ohne dass es von ihm Anzeichen für Kompromisse oder ernsthafte Verhandlungen mit den Palästinensern gegeben hätte. Stattdessen wurde der international kritisierte Siedlungsbau im Westjordanland und in Ost-Jerusalem fortgesetzt.

Auf der palästinensischen Seite gibt es zwar seit Juni 2014 eine ›Regierung des nationalen Konsenses‹ – auch als ›Regierung der Technokraten‹ bezeichnet –, die nominell von den beiden dort maßgeblichen Parteien Fatah und Hamas unterstützt wird. Faktisch wirkt aber die politisch-

ideologische und territoriale Spaltung fort, sodass diese Regierung nur in der Westbank agieren kann. Letztlich liegt die Macht bei den sich befehdenden Parteien. Dies ist eine Situation, die nicht zur Stärkung der palästinensischen Seite und der Autorität von Präsident *Mahmud Abbas* beiträgt.

Den bisher letzten Anlauf zu einem neuen Friedensprozess unternahm der amerikanische Außenminister *John Kerry*. Er scheiterte im Frühjahr 2014. Deutlich zeigte sich, dass die Positionen beider Seiten weiter auseinanderliegen denn je. Von einem Friedensprozess ist man himmelweit entfernt. Bei keiner der bekannten Fragen nach einem künftigen Endstatus – Jerusalem, Siedlungen, Flüchtlinge, Sicherheitsgarantien – kam es zu Fortschritten. Stattdessen wurden neue Forderungen erhoben, unter anderem die Forderung der Anerkennung Israels als »jüdischer Staat«. Mittelbares Resultat war eine erneute Drehung der Gewaltspirale. Zum wiederholten Male gab es im Sommer 2014 einen Gazakrieg, der neues Leid und Elend für die Bevölkerung verursachte. Zwei Jahrzehnte nach Unterzeichnung des Friedensabkommens von Oslo stehen die Beteiligten vor einem Scherbenhaufen. Und auch die internationale Diplomatie ist offenbar ratlos.

Wie kann und wie soll es weitergehen? Wir wollen uns dieser schwierigen Frage stellen, indem wir fragen, was eigentlich zu dieser Situation geführt hat. Und was sind denkbare Optionen und Alternativen zum Status quo? Und welche Rolle soll und kann hier die internationale Politik und nicht zuletzt Deutschland und Europa spielen?

Mit *Avi Primor* und *Abdallah Frangi* begrüßen wir zwei Persönlichkeiten, deren gesamtes Leben stark von diesem Konflikt geprägt ist. Ihre veröffentlichten Autobiographien bieten nicht nur interessante Einblicke in die israelisch-palästinensische Politik. Man wird auch die Parallelen erkennen, die im Leben beider Männern bestehen, die 1935 bzw. 1943 im gleichen Land, nämlich Palästina, geboren wurden. Beide stammen aus einem religiös geprägten Elternhaus. Doch beide hielten ihren jüdischen bzw. muslimischen Glauben in ihren Leben und in der Politik eher auf Distanz. Beide wurden keineswegs mit moderaten Positionen geboren, im Gegenteil. Hier der überzeugte Zionist Primor, dessen Ziel darin bestand, »den Staat zu verteidigen, ihn aufzubauen und ihm zu dienen«. Dort das junge Fatah-Mitglied Frangi, der sich aktiv für den Befreiungskampf der Palästinenser einsetzte. Beide machten auf ihre Art Erfahrungen mit Militanz und militanter Ideologie. Und beide wurden zeitweise zu Renegaten im eigenen Lager, was im Falle von Abdallah Frangi lebensgefährlich werden konnte.

Mit ihren auf Verständigung ausgehenden Positionen setzten sich beide mehrfach zwischen alle Stühle, und sie gehören heute wohl eher einer

Minderheit im politischen Spektrum an. Beide eint schließlich ein großes Thema: Sie haben ihr Berufsleben in den Dienst der internationalen Anerkennung ihres jeweiligen Volkes und Landes gestellt.



Bei Primor zieht sich dieser Aspekt wie ein roter Faden durch sein gesamtes Diplomatenerleben; von den frühen Posten in Afrika über Paris und Brüssel bis hin nach Berlin. Es galt, den neuen Staat Israel gegen diverse Widerstände auf der Weltbühne zu etablieren. Bei Frangi hält dieser Kampf bis heute an. Seit Ende der 1960er Jahre organisierte er Netzwerke und internationale Kontakte in Deutschland und Europa, seit 1974 als offizieller PLO-Vertreter in Deutschland, um die Welt von einem unabhängigen Staat Palästina zu überzeugen. Er schreibt in seiner Autobiographie:

»Ich wurde in diesen Konflikt hineingeboren. Ich schlug die Augen auf und befand mich im Krieg mit Israel. Nichts hat sich bis heute daran geändert. Nach wie vor sind wir Palästinenser hinter Mauern, Kontrollpunkten und Stacheldraht gefangen. Ich fühle mich immer noch nicht frei. Deshalb sehe ich meine Aufgabe nicht als erfüllt an. Deshalb werde ich auch künftig auf ein unabhängiges Palästina hinarbeiten.«

Ob und wann sich dieser Wunsch erfüllt, wird auch Thema unserer Diskussion sein, zu der ich als Dritte *Muriel Asseburg* begrüßen darf. Sie beobachtet und analysiert seit fast zwanzig Jahren die Entwicklung in der Region und berät seit mehreren Jahren die Bundesregierung in ihrer Nah-

ost-Politik. – Ich bitte zunächst Herrn Primor um sein Statement, bevor dann Herr Frangi und Frau Asseburg zu Wort kommen.

*Avi Primor:* Wir werden in Israel tatsächlich in Kürze eine neue Regierung haben, denn das Gesetz schreibt vor, dass man nach den Wahlen maximal 42 Tage lang um eine Koalition feilschen darf. Was für eine Regierung werden wir bekommen? Es gibt zwei Möglichkeiten, die aber keinen großen Unterschied machen. Die wahrscheinlichste ist, dass Netanjahu mit dem rechten und extrem rechten Lager und dem orthodoxen und ultraorthodoxen Lager eine Koalition bildet. Die andere Möglichkeit, dass er doch noch eine große Koalition mit der Arbeitspartei bildet, wäre aus meiner Sicht die schlechtere Lösung. Denn selbst wenn die Arbeitspartei sich überreden bzw. mit Posten und Ressorts bestechen lässt, wird das rechte Lager die Politik bestimmen. Denn es kann auch ohne die Arbeitspartei regieren. Die Arbeitspartei wäre allenfalls als Feigenblatt gegenüber der Außenwelt nützlich. Wenn es aber schon so ist, wie es ist, würde ich Offenheit vorziehen. Dann ist es eben eine rechte Regierung mit einer rechten Politik – ohne Feigenblätter, ohne Schminke, ohne Maske – und wir wissen, womit wir es zu tun haben. Aber so oder so wird die Politik dieselbe sein. Netanjahu hat zwar mal von der Zweistaatenlösung gesprochen, das waren Lippenbekenntnisse unter amerikanischem Druck. In Wahrheit war er immer gegen eine Zweistaatenlösung. Die Verhandlungen, die geführt wurden, waren Scheinverhandlungen und von vornherein nicht als echte Verhandlungen gemeint. Die Situation sieht also düster aus. Wir werden weiter dieselbe Politik haben, es werden weiter Siedlungen gebaut werden, die Besatzung wird vorangetrieben werden – alles wird so bleiben, wie wir es heute kennen, oder noch schlimmer werden.

Kann es überhaupt noch Hoffnung auf eine Lösung geben? Eingangs hieß es, dass die Situation in den letzten zwanzig Jahren noch nie so aussichtslos war wie heute. Dem stimme ich *nicht* zu. Es gab über Jahrzehnte eine Periode im Nahen Osten, in der Frieden objektiv wirklich nicht möglich war. Denn jahrzehntelang *wünschte* sich die arabische Welt nicht nur einen Nahen Osten ohne einen Staat Israel, sondern sie ging davon aus, dass dieses auch *möglich* war. Die arabische Welt war davon überzeugt, dass man den Staat Israel aus dem Nahen Osten wegfegen kann. Wenn man denkt, dass es möglich ist und man es kann, gibt es keinen Grund, warum man sich mit diesem Staat arrangieren und mit ihm einen Frieden schließen sollte. Vorübergehende Verträge wie Waffenstillstände wurden mit Israel geschlossen, weil das zur Erholung der Streitkräfte und der Wirtschaft gebraucht wurde. Aber einen Frieden wollte man mit Israel

nicht schließen, weil man sich mit der Existenz des Staates Israel nicht abfinden wollte.

Später wurde für die *Israelis* ein Friedensschluss mit der Gegenseite »unmöglich«. Bis 1967 waren die meisten Israelis davon überzeugt und hatten sich damit abgefunden, dass das Westjordanland ihnen nicht gehört und nie gehören wird. In der öffentlichen Meinung, in der Propaganda, in der Erziehung war das Thema erledigt. Nach dem Sechstagekrieg im Sommer 1967 kam es zu einer Wende in der israelischen Psychologie. Nun sagte man, dass das Westjordanland doch zu Israel gehöre und dass es schon immer dazu gehört habe. Schon die Bibel lehrt ja, dass die jüdischen Königreiche nicht in Tel Aviv, nicht an der Küste bestanden und sich entwickelt haben, sondern im Westjordanland. Nachdem dieses Land nun erobert worden war, würde man nie mehr darauf verzichten. So dachten fast alle Israelis. Wenn aber die Israelis davon überzeugt sind, dass sie auf das Westjordanland nie verzichten werden – wie und mit wem kann man dann Frieden schließen? Mit welchem Palästinenserstaat? Wo sollte denn ein Palästinenserstaat entstehen, wenn nicht im Westjordanland? Frieden war also auf beiden Seiten jahrzehntelang objektiv unmöglich.

Doch diese Situation wandelte sich, zunächst auf der arabischen Seite mit dem damaligen ägyptischen Präsidenten *Sadat*. Schon 1965 hatte der tunesische Präsident *Bourguiba* sich für eine Anerkennung eines Staates Israel ausgesprochen, eine damals ziemlich isolierte Meinung. Der Grund war, dass man in der arabischen Welt zu der Schlussfolgerung gekommen war, dass ein Naher Osten ohne Israel leider nicht zu haben war. Zu der Schlussfolgerung, dass man sich mit der Realität abfinden muss, kam zunächst Sadat und dann alle anderen. Ich gehe davon aus, dass auch die Mehrheit der arabischen Bevölkerung und auf jeden Fall die Mehrheit der Palästinenser zu dieser Schlussfolgerung gekommen ist: Nicht, dass man sich freut, dass man Israel zum Nachbarn hat, aber dass man sich mit einer Realität abfindet.

Auf israelischer Seite gab es eine ähnliche Entwicklung. Aktuelle Meinungsumfragen in Israel besagen, dass es in Israel seit mindestens 25 Jahren eine beachtliche und beständige Mehrheit gibt, die nicht nur bereit ist, auf das Westjordanland zu verzichten, sondern es für wünschenswert und für Israel *unvermeidlich* hält, sich von dort zurückzuziehen. Es ist eine Tatsache, dass die Mehrheiten auf beiden Seiten bereit sind, willig oder widerwillig, sich mit der Realität abzufinden. Israel braucht das Ende der Besatzung zwar nicht so sehr wie die Palästinenser, aber wir brauchen es auch. Wir brauchen einen Palästinenserstaat, wir brauchen den Frieden mit den Palästinensern. Wir wissen, dass wir die Palästinenser nicht besie-

gen werden und dass die Palästinenser uns nicht besiegen werden. Es gibt also nur eine Möglichkeit: Miteinander leben und kooperieren!

Dem stehen viele Hindernisse entgegen. Auf israelischer Seite sind das die Gedanken von Netanjahu, der Siedler und des gesamten extrem rechten Lagers. Dies sind Minderheitenpositionen, wie es sie auch aufseiten der Palästinenser gibt, z.B. bei der Hamas. Aber die Mehrheiten sind heute unsicher und wissen nicht, was sie wirklich tun können. Die Umfragen zeigen, dass sich eine beachtliche Mehrheit in Israel die Trennung vom Westjordanland wünscht. Im gleichen Atemzug sagen sie, dass das nicht machbar sei. Warum ist das nicht machbar? Antwort: Weil es eine Frage der Sicherheit ist. Die Israelis denken: Wenn wir das Westjordanland räumen, wird dort das passieren, was im Gazastreifen passiert ist. Der Gazastreifen wurde geräumt und wir haben dafür nicht mehr Sicherheit bekommen. Sicherheit ist das einzige, was wirklich jedem Israeli am Herzen liegt. Nicht Frieden, sondern Sicherheit. Denn in Israel weiß man gar nicht, was Frieden bedeutet, da die Menschen dort nie im Frieden gelebt haben. Sicherheit ist ein Problem, mit dem sich die Israelis immer auseinandersetzen mussten. Solange keine Sicherheit garantiert ist, kann nicht auf Territorien verzichtet werden.

Israel hat auf eroberte ägyptische Gebiete verzichtet, weil Präsident Sadat Sicherheit versprach und die Möglichkeit hatte, Sicherheit auch zu gewährleisten. Das gleiche geschah mit König *Hussein* von Jordanien. Die palästinensische Regierung hat diese Möglichkeit leider nicht. Sie hat keine Mittel zur Verfügung, um Israels Sicherheit zu gewährleisten. So kann der palästinensischen Regierung in Ramallah das passieren, was im Gazastreifen geschah: Die Extremisten übernehmen die Macht und beschießen Israel mit Raketen, und zwar aus dem geografisch in der Mitte von Israel liegenden Westjordanland. Das ist für uns völlig inakzeptabel!

Ich glaube nicht, dass man so viel Druck auf die Regierung Israels ausüben kann, dass sie wirklich nachgibt. Politisch und wirtschaftlich wäre das zwar möglich, es wird aber nicht geschehen. Alle diejenigen, die sagen, man müsse nur Druck auf Israel ausüben, sonst werde es sich nicht in Bewegung setzen, haben recht – aber es wird nicht passieren. Weder die Amerikaner noch die Europäer werden echten Druck auf die Israelis ausüben. Warum? Sagen wir offen und ehrlich, dass, nachdem der Holocaust geschehen ist, niemand wirklich Druck auf Israel ausüben will. Man kann schelten und unzufrieden sein, aber man wird nichts tun, was den Juden schadet. Außerdem genießen unsere Gegner nicht immer das beste Ansehen. Damit meine ich gar nicht die palästinensische Regierung in Ramallah, die zweifellos ein gutes Ansehen hat. Aber die Menschen in Europa und Amerika reden zumeist von ›der arabischen Welt‹. Und was sehen sie

da? Sie sehen den ›Islamischen Staat‹, die Terroristen in Europa, die Hamas, die Hisbollah, die Bürgerkriege in Syrien, Libyen, Irak. Und dann sagen sie, dass sie solche Leute nicht unterstützen wollen. Das hat natürlich nichts mit der Realität Israels zu tun, aber das ist *vox populi*. Und die Regierungen in Amerika und Europa werden gegen die Mehrheitsmeinung ihrer Bevölkerung keinen Druck auf Israel ausüben können. Was kann und soll man also tun? Man muss die israelische Bevölkerung davon überzeugen, dass sie, wenn sie sich aus dem Westjordanland zurückzieht, dafür Sicherheit bekommt. Dann wird die israelische Bevölkerung Druck auf die eigene Regierung ausüben.

Als Sadat zu uns kam, hatten wir ebenfalls eine Likud-Regierung, die auf besetzte ägyptische Gebiete nicht verzichten wollte. Aber der ägyptische Präsident überzeugte die Israelis. Und sie haben dann Druck auf die eigene Regierung ausgeübt, sodass Präsident Sadat alles so bekam, wie er es gewünscht hatte. Genauso war es mit König Hussein von Jordanien. Wir sind aller-



Avi Primor

dings nicht davon überzeugt, dass die palästinensische Regierung mächtig genug ist, um uns wirklich Sicherheit zu gewährleisten. Nicht, dass sie es nicht wollte oder nicht ehrlich wäre – Sie hat einfach nicht die Mittel dazu zur Verfügung. Deshalb brauchen wir dazu die internationale Gemein-

schaft und die Amerikaner, und wir brauchen die Europäische Union, weil sich ohne diese die Amerikaner nicht bewegen werden.

*Abdallah Frangi:* Ich möchte den Konflikt, den wir haben, ganz offen ansprechen. Palästina unterzeichnete 1993 das *Osloer Abkommen*. Wir haben damit einer Zweistaatenlösung zugestimmt. Wir haben Israel anerkannt und Israel hat die PLO anerkannt, damit wir in Frieden leben können. Wir haben festgelegt, dass wir einige der Probleme, die wir dabei nicht lösen konnten – darunter die Frage der Rechte der Flüchtlinge, der Grenzen, der Sicherheit und der Wasserversorgung – innerhalb von fünf Jahren lösen wollten. Damals hatten wir mit Israels Ministerpräsident *Jitzchak Rabin* einen Partner gefunden, auch er hat unterschrieben. Ich erinnere mich, dass Netanjahu ihn als Verräter bezeichnete, weil er Frieden mit den Palästinensern schließen wollte. Rabin wurde ermordet, und jeder weiß, dass das kein Zufall war. Mit seinem Tod haben wir einen Partner verloren, der bereit war, mit uns Frieden zu schließen. Das ist bis heute das Problem, und es bleibt das Problem. Ich habe immer gehofft und ich lebe weiterhin mit der Hoffnung, dass wir Frieden miteinander haben können. Aber ich habe große Zweifel, ob wir es schaffen werden, eines Tages Frieden miteinander zu haben.

Ich komme aus einem Land, von dem wir Palästinenser sagen, es gehörte uns bereits zu Zeiten der Kanaaniter und bevor Juden überhaupt nach Palästina kamen. In unserer Geschichte gab es immer wieder Auseinandersetzungen und Kämpfe mit Juden oder auch Israelis. Diese Geschichte ist lang und nicht zu Ende. Wir haben versucht, viele Palästinenser davon zu überzeugen, einem Kompromiss zuzustimmen. Ein solcher Kompromiss hätte das Osloer Abkommen werden können. Aber seit der Ermordung Rabins haben wir keine Nachfolgeregierung und keinen Präsidenten in Israel erlebt, der bereit gewesen wäre, mit uns Frieden zu schließen.

Sicherheit ist auch für uns ein Thema: Im Juli 2014, fünf Tage vor Beginn des Gazakriegs, wurde ich angesprochen, ob ich bereit wäre, Gouverneur von Gaza zu werden. Ich wusste zunächst nicht, welche Aufgaben mit diesem Amt verbunden sind, erklärte mich aber dazu bereit, obwohl ich ahnte, dass es Krieg geben wird. Am 8. Juli fuhr ich mit dem Auto nach Gaza. Am Grenzübergang Erez hielt mich ein israelischer Soldat an und fragte: Es ist doch Krieg, wo willst du hin? Ich gehe in meine Heimat, antwortete ich. Er forderte mich auf, mit ihm in einen Bunker zu kommen, denn von der Hamas würden Raketen abgeschossen. Der Weg, den du nehmen willst, ist unsicher, sagte er. Ich dankte ihm und sagte, dass ich trotzdem gerne losfahren würde. Da sagte er: Auf deine Verantwortung. Ich bin dann nach Gaza gefahren, auf eigene Verantwortung. Was ich dort

sah, wünsche ich niemandem zu erleben. Gaza ist eine der ältesten Städte der Welt. Dort bin ich groß geworden. Ich kannte die Straßen, deren Häuser bis vor dreißig Jahren noch aus Lehm bestanden. In den letzten zehn Jahren wurde dort viel gebaut. Als Kind lebte ich im Stadtteil Schedschaija, das heißt ›die Mutigen‹. Die Häuser dort waren aus Lehm und aus Zement.

Nun bin ich Gouverneur für über 620.000 Menschen, und eine meiner Aufgaben bestand darin, nach jedem Angriff dort hinzugehen, um mit den Leuten zu reden. Einmal war ich auf dem Weg zu einer Familie, aber noch bevor ich mit den Leuten reden konnte, schrie mich ein Mann aggressiv



Abdallah Frangi

an: Was hast du hier zu suchen? Geh weg, geh zu deinem Präsidenten! Aber schau dir vorher hier noch die Leichen an! Willst du mit den Leuten, die dafür verantwortlich sind, verhandeln? – Ich schaute Leichen an und sah Jungen, die Körperteile einsammelten und in Decken hüllten. Weil sie die sterblichen Überreste von fünf Frauen

diesen nicht eindeutig zuordnen konnten, beschlossen sie, sie in einen Karton zu legen, die fünf Namen darauf zu schreiben und gemeinsam in einem Grab beizusetzen. Ich sah Kinder, auf die Raketen abgeschossen worden waren, mit voller Absicht, wie ich glaube. Ich war bei einer Familie, in der sechs Kinder getroffen worden waren. Darüber habe ich kaum mit meiner Frau reden können, einen Satz vielleicht – aber dann konnte ich nicht weiterreden. Ich möchte davon nicht weiter erzählen, weil ich immer

noch die Hoffnung habe, dass wir einmal einen Frieden haben können. Aber das geht nicht, ohne dass politischer Druck auf die Regierung in Israel und auf Personen wie deren Chef Netanjahu ausgeübt wird, um sie zu einer vernünftigen und anständigen Politik zu bewegen, eine Politik, die das Leben von Palästinensern, Israelis und vielen anderen Menschen schützt, statt es zu gefährden.

Israel ist heute das *sicherste* Land in der Region. Die politischen Grenzen in der arabischen Welt, wie wir sie heute kennen, sind 1916 durch das *Sykes-Picot*-Abkommen geschaffen worden. In diesem Abkommen wurde die Region in Einflusszonen der Kolonialmächte England und Frankreich aufgeteilt. Teil des Abkommens war auch Palästina, das als ein Staat vorgesehen war, der Juden aufnimmt, die in Europa verfolgt wurden. Nicht die Palästinenser haben die Juden verfolgt, das darf man nicht vergessen!

Die arabischen Führer, die 1945 die Arabische Liga gründeten, wurden von den Engländern, den Franzosen und später von den Amerikanern bestimmt und ernannt. Sie waren sämtlich Diktatoren, und niemand protestierte. Dann gab es den Krieg im Jahr 1948. Darüber wird immer behauptet, die Araber hätten eine Armee nach Palästina geschickt, um die Juden ins Meer zu werfen – leider haben auch manche Araber das so gesagt. Aber alles, was die arabische Welt aufbot, waren 700 Soldaten aus Saudi-Arabien, 20.000 aus Jordanien, 25.000 aus Ägypten und 5.000 aus dem Irak. Das heißt, es wurde nicht wirklich entschlossen gekämpft, und am Ende wurden die Palästinenser entwaffnet. Betrachtet man heute die arabische Welt, so stellt sich die Frage, was für eine Art Demokratie insbesondere die Amerikaner hier angestrebt haben. Was für eine Art Demokratie gibt es im Irak? Jeden Tag sind dort 50 Todesopfer und 800 Verletzte zu beklagen, 6 Millionen Binnenflüchtlinge gibt es im Irak, nicht anders ist es in Syrien und im Jemen. In Ägypten wäre es fast ebenso gekommen. Das ist eine arabische Welt, die leider weiterhin unter der Kontrolle alter und neuer Kolonialmächte steht.

Als wir Palästinenser das Osloer Abkommen unterschrieben, war ich als Mitglied des Zentralkomitees der *Al Fatah* dabei. Im Vorfeld hatten neun Mitglieder dafür gestimmt und neun dagegen. Ich selber habe dafür gestimmt, weil ich die Hoffnung hatte, wir könnten endlich einen Palästinenserstaat gründen, und ich bekäme damit einen palästinensischen Pass. Als ich in Frankfurt einmal nach meiner Nationalität gefragt wurde, antwortete ich, ich sei Palästinenser. Da musste ich meinen Pass zeigen und bekam zu hören, ich wäre ein ›Staatenloser‹ – das tat mir weh. Aber das ist mein Gefühl seit dem Scheitern des Osloer Abkommens. Die Behörden in Israel sprechen bis heute nicht von Palästina oder von palästinensischen

Gebieten. Sie erheben weiterhin Anspruch auf das Land, das sie völkerrechtswidrig besetzt halten. Statt der Palästinenser dürfen Einwanderer, die z.B. aus Russland gekommen sind, palästinensisches Land beanspruchen. Die israelische Armee schützt und unterstützt diese aggressiven Siedler, indem sie Wasser und Elektrizität in die umzäunten Landstücke bringt.

Die Menschen in Gaza halten dennoch zusammen. Gerade die jungen Leute wollen nicht aufgeben. Sie haben mich darin bestärkt, weiterhin an den Frieden zu glauben. Krieg ist dabei keine Alternative, weder für Israel noch für die Palästinenser. Aber wir müssen den Mut haben zu sagen, dass die Juden, die von Nazi-Deutschland verfolgt und vergast worden sind, die Verpflichtung haben, uns nicht das anzutun, was die Nazis ihnen getan haben. Ich bin stolz, sagen zu dürfen, dass ich viele Juden als Freunde habe, die sich für die Palästinenser eingesetzt haben, auch in diesem letzten, hässlichen Krieg. Wir werden miteinander weiter diskutieren.

*Muriel Asseburg:* Ich möchte den Blick auf die aktuelle Situation lenken, auf das, was uns erwartet, und fragen: Was bedeutet das für Deutschland? Wie ist es zur heutigen Situation gekommen, mit den verhärteten Fronten, so wie sie sich heute darstellen? Man muss feststellen, dass die Verhandlungen der letzten 20 Jahre, im sogenannten Oslo-Prozess, im Wesentlichen Scheinverhandlungen waren. Und man muss erkennen, dass die jüngste, von US-Außenminister *Kerry* angestoßene Verhandlungsrunde im April 2014 gescheitert ist, weil die Positionen der Konfliktparteien zu weit auseinanderlagen. Hinzu kam, dass die USA, wie schon in der Vergangenheit, wiederum nicht bereit waren, eine Moderatorenrolle einzunehmen, in der sie versucht hätten, die Positionen zu überbrücken und Kompromisse zu finden, die die Rechte und Sicherheit beider Seiten hätten gewährleisten können. Stattdessen haben sich die Amerikaner viel stärker auf der Seite Israels positioniert als auf der palästinensischen. Seit dem Abbruch dieser Verhandlungen befindet sich das Verhältnis beider Seiten in einer Abwärtsspirale. Beide Seiten – das gilt für die politischen Führungen, aber auch für die Bevölkerungen – teilen die Ansicht, dass Verhandlungen nicht zu einer Konfliktregelung führen werden.

Ich stimme Herrn Primor darin zu, dass das Paradigma der Zweistaatenlösung in beiden Gesellschaften durchaus mehrheitsfähig ist. Aber beide Seiten haben sich auf ihre Ansprüche zurückgezogen und sind nicht bereit, Kompromisse einzugehen. Es ist leicht gesagt, auf die Westbank, auf »Judäa und Samaria«, verzichten zu können. In Wirklichkeit besteht diese Bereitschaft auf israelischer Seite auch in großen Teilen der Bevölkerung nicht. Beide Seiten haben unilaterale Schritte ergriffen, die von der jeweils anderen Seite als Provokation gesehen werden. Wir befinden uns in einem

Ping-Pong-Spiel der Eskalation. Auf der einen steht das Bemühen der Palästinenser, Unabhängigkeit und Anerkennung durch eine Internationalisierung des Konflikts zu erreichen. Dieses geschieht über Anträge auf Mitgliedschaft in den Unterorganisationen der Vereinten Nationen sowie zuletzt über den Weg zum Internationalen Strafgerichtshof. Auf der anderen Seite stehen der fortgesetzte Siedlungsbau und das Zurückhalten der Steuereinnahmen, die Israel an die Palästinenser zu überweisen hat, sowie Militäroperationen.

Das Scheitern des Osloer Ansatzes: Verhandlungen mit dem Ziel der Bildung zweier Staaten in Israel-Palästina, hat zwei Entwicklungen in Gang gesetzt. Die erste ist, dass es in immer kürzeren Abständen zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommt, die vor allem im Gazastreifen ausgetragen werden, wie zuletzt im Sommer 2014. Es war das erste Mal, dass auch die Zivilbevölkerung in Israel unter einem solchen Krieg so massiv gelitten hat. Das wird weniger durch die Zahl der Opfer belegt, als vielmehr dadurch, dass die Bedrohung durch Raketen nun *ganz* Israel betroffen hat.

Die andere Tendenz ist die, dass sich in Israel und den palästinensischen Gebieten, also im gesamten ehemaligen Mandatsgebiet Palästina, verfestigt hat, was ich als *Einstaatenrealität* bezeichnen würde. Die israelische Kontrolle hat sich über dieses gesamte Gebiet verfestigt. Auch wenn nur ein kleiner Teil dieses Gebietes von Israel annektiert worden ist und die palästinensische Autorität in einem anderen Teil dieses Gebietes für die innere Ordnung zuständig ist und Hamas einen weiteren Teil dieses Gebietes regiert, übt Israel die übergeordnete Kontrolle über dieses Gebiet aus. Es ist Israel, das festlegt, wer in diesem Gesamtgebiet, abhängig von Staatsbürgerschaft, Wohnort und Religionszugehörigkeit, welche Rechte hat.

Hinzu kommt eine massive politische Destabilisierung in der ganzen Region des Nahen Ostens, die auch diesen Konflikt berührt. Denn sie führt dazu, dass sich in Israel das Wagenburgdenken sehr verstärkt hat. Weggefallen sind wichtige stabilisierende Elemente, die zur Sicherheit und zum Gefühl von Sicherheit beitragen: Die strategische Allianz zwischen der Türkei und Israel existiert nicht mehr, und Ägypten ist als Vermittler völlig weggefallen, um nur zwei Beispiele zu nennen. Das führt dazu, dass in Israel noch weniger Bereitschaft vorhanden ist, Kompromisse einzugehen und auf die andere Seite zuzugehen. Und das führt auch dazu, dass es nicht gelingt, die Kluft innerhalb des palästinensischen Hauses zu überwinden.

Was sind die weiteren Perspektiven? Es ist sehr unwahrscheinlich, dass es in absehbarer Zeit zu Verhandlungen über ein Friedensabkommen kommt. Selbst wenn es dazu käme, weil ein Akteur aus der internationalen Gemeinschaft Druck ausüben würde, halte ich es für unwahrscheinlich,

dass es zwischen der nächsten israelischen Regierung und der palästinensische Autonomiebehörde zu einer Übereinkunft kommen kann. Dazu liegen die Positionen einfach zu weit auseinander. Auch gibt es in der internationalen Gemeinschaft zurzeit kein übergeordnetes Interesse, keine Priorität, sich überhaupt um diese Frage zu kümmern. Aus den USA hören wir zwar Warnungen und Drohungen, dass das eigene Verhältnis zu Israel überprüft werden solle. Was aber bestenfalls zu erwarten ist, wäre, dass die USA eine Resolution des UN-Sicherheitsrates, die die Parameter einer Konfliktregelung vorgibt, nicht blockieren, sondern passieren lassen würden. Auf den Text einer solchen Resolution werden die USA vorab Einfluss nehmen. Klar ist, dass diese Resolution keine bindende Wirkung haben dürfte, d.h. keine konkreten Maßnahmen beinhaltet, keine Kapitel-VII-Resolution sein wird, die »Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen« regelt, und keinen verbindlichen Zeitplan haben wird. Das Ganze wäre allenfalls eine durchaus sinnvolle neue Referenz, weil die einzige Referenz, die wir bis jetzt haben, die UN-Resolution 242 von 1967 ist, die sehr wenig über die Umriss einer genauen Regelung aussagt.

Ich fürchte, wir werden nahezu unvermeidlich mit einer weiteren Zuspitzung zwischen Israel und den Palästinensern zu rechnen haben, und zwar selbst dann, wenn die kommende israelische Regierung bereit wäre, einzelne vertrauensbildende Maßnahmen zu treffen. So dürfte Israel insbesondere hinsichtlich der Blockade des Gazastreifens wohl kulanter sein. Die nächste israelische Regierung wird auch wieder Transferzahlungen an die palästinensische Autonomiebehörde leisten, wenn auch nicht auf eine Art und Weise, die einen tatsächlichen Fortschritt bedeuten würde. Das alles bewirkt, dass die Legitimität der palästinensischen Autorität an sich immer stärker infrage gestellt wird. Denn deren Aufgabe ist nicht die Verwaltung der palästinensischen Gebiete bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag, sondern nur für eine Übergangsperiode, in der eine endgültige Regelung erarbeitet wird.

Es ginge also darum, über das ›Wie‹ eines Endes der Besatzung zu sprechen und die genauen Konturen eines Friedensschlusses auszuarbeiten. Solange es diese Perspektive nicht gibt, ist es sehr fraglich, wie die Kooperation zwischen der palästinensischen Autonomiebehörde und Israel weiter entwickelt werden kann. Eine Kooperation ist für die palästinensische Autorität zwingend notwendig, aber eine Kooperation, die sie in den Augen vieler Palästinenser nicht nur als Handlangerin der Besatzung erscheinen lässt. Ohne eine funktionierende Kooperation besteht kurz- bis mittelfristig die Gefahr, dass die palästinensische Autonomiebehörde zusammenbricht. Das kann sehr rasch geschehen, sei es im Rahmen einer

finanziellen Notsituation, über einen erneuten Gewaltausbruch oder über die Nachfolgefrage bezüglich des Präsidenten.

Derzeit kann keine der Parteien Interesse an einer erneuten gewalttätigen Auseinandersetzung haben. Das gilt auch für die Hamas. Und dennoch: Wenn es in Bezug auf die Art, wie der Gazastreifen regiert und versorgt wird, keine Änderung gibt, und wenn die katastrophale humanitäre Lage dort nicht verbessert wird und es schließlich nicht gelingt, eine Perspektive und Entwicklung für die Menschen im Gazastreifen zu schaffen, sind neue Gewaltaktionen wahrscheinlich. Und die nächste Runde der Auseinandersetzung, der nächste Krieg, wäre programmiert.

Was heißt das für uns, wenn wir von Deutschland aus auf den Konflikt schauen? Es ist allerhöchste Zeit, dass Deutschland, dass Europa, die eigene Politik überdenkt. Offenkundig haben die in den letzten zwanzig Jahren unternommenen Versuche, eine Zweistaatenlösung als Friedensregelung zu unterstützen und dafür den Aufbau staatlicher Institutionen in den palästinensischen Gebieten zu fördern, nicht zur Überwindung der Besatzung geführt. Wir haben nicht dazu beitragen können, dass sich der Prozess in Richtung einer Zweistaatenlösung bewegt. Tatsächlich haben wir eher dazu beigetragen, dass sich die Einstaatenrealität und damit die Unrechtssituation verfestigt haben. Ein »Weiter so!« darf für uns keine Option sein, und das gilt insbesondere vor dem Hintergrund der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel. Die Europäer müssen das erbringen, was Herr Primor gerade infrage gestellt hat: die Bereitschaft, sich tatsächlich so aktiv für eine Zweistaatenlösung zu engagieren, wie es notwendig ist. Wenn wir dazu nicht bereit sind, wäre es an der Zeit zu überlegen, was wir stattdessen tun können. Was ist die Alternative, damit wir nicht weiter eine Unrechtssituation unterstützen, sondern damit alle Bewohner des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina ihre Rechte und Sicherheit genießen können? Sollten wir ein Kehrtwende vollziehen und eine völlige Abkehr vom Paradigma der Zweistaatenlösung einleiten? Damit würde allerdings weder den nationalen Ambitionen der Israelis noch denen der Palästinenser entsprochen. Aber einfach so zu tun, als wären wir auf dem richtigen Weg, darf nicht die einzige Option sein. Ich plädiere dafür, ernsthafter darüber nachzudenken, was wir tun müssen und tun können.

*Ulrich Schneckener:* Herr Primor, hat man in Israel überhaupt ein Interesse an der Veränderung des Status quo? Lebt man in Israel mit dem gegenwärtigen Zustand womöglich gar nicht so schlecht? Man hat die Kontrolle über die Palästinenser. Hamas und Fatah sind untereinander zerstritten. Den Druck der Amerikaner kann man aushalten – das ist doch eine sehr

bequeme Situation. Warum sollte man deshalb überhaupt Kompromisse machen: Gibt es diese Haltung in Israel?

*Avi Primor:* Da würde Herr Netanjahu Ihnen zustimmen. Aber er strebt in Wahrheit nicht die Aufrechterhaltung des Status quo an, denn das hieße ja, die Situation genauso aufrechtzuerhalten, wie sie heute ist. Er baut jedoch Siedlungen, um den Status quo zu ändern. Siedlungen braucht man nur aus einem Grund: um die Entstehung eines Palästinenserstaates zu verhindern. Was aber soll dann daraus werden? Offenbar ein binationaler Staat, und das beinhaltet die Annektierung der besetzten Gebiete. Das ist es, was die rechte Koalition um Netanjahu anstrebt, wenn auch vielleicht nicht alle ihre Teile. Eine Minderheit in der Bevölkerung und der Hauptteil der Regierung streben dieses jedenfalls an. Netanjahu fürchtet fast gar nichts, aber Probleme liebt er nicht. Er möchte vermeiden, dass die Amerikaner uns nicht mehr im Weltsicherheitsrat verteidigen. Mit ihrem Vetorecht dort geben sie uns Schutz. Sollte das nicht mehr geschehen, bekämen wir Probleme mit dem Sicherheitsrat. Uns würden Druck und Sanktionen drohen. Dies wäre unangenehm, unbequem und würde auch in Israel Unzufriedenheit schaffen. Doch die Hauptfrage für das extrem rechte Lager ist, was mit den besetzten Gebieten geschieht. Denn diese Gebiete müssen demnach irgendwann annektiert werden.

*Ulrich Schneckener:* Was bedeutet das für den Staat Israel, wenn die Option, die Siedlungspolitik und die Annexionen fortzusetzen, ergriffen wird?

*Avi Primor:* Im rechten Lager gibt es da unterschiedliche Ansichten. Es gibt Leute, die klipp und klar sagen, man muss alles annektieren. Dann würde den Palästinensern die israelische Staatsangehörigkeit gewährt. Und man wird dann mehr Juden nach Israel bringen, um den wachsenden Bevölkerungsanteil der Palästinenser zu kompensieren. Es gibt viele fantastische Ideen im rechten Lager, die ein Netanjahu nicht offen aussprechen würde. Er selbst will nur teilweise besetztes Land annektieren und den Palästinensern eine teilweise Autonomie zugestehen, aber keine Unabhängigkeit und internationale Souveränität akzeptieren. Netanjahu erklärt auch, es sei ganz in Ordnung, wenn die Palästinenser eigene Behörden hätten und ihre Alltagsprobleme selbst bewältigten. Eine Annexion palästinensischer Gebiete bleibe auch noch in einer späteren Phase möglich. Solche Ideen kursieren in seinem Lager. Aber wer wird sich damit abfinden? Die Mehrheit der Israelis versteht, dass solche Vorstellungen nicht realitätsgerecht sind. Denn bei einer vollständigen Annexion palästinensischer Gebiete wäre die Folge eine Art juristischer Apartheid. Das würde

nicht funktionieren: Schon heute sind 22% der israelischen Bevölkerung Palästinenser, die die israelische Staatsbürgerschaft haben und somit auch wählen und gewählt werden können. Das ist keine kleine Minderheit, und da diese Gruppe eine schnellere demografische Zunahme verzeichnet als die der jüdischen Israelis, werden sie in nicht allzu ferner Zukunft die Mehrheit bilden. Wenn heute die palästinensischen Gebiete annektiert würden und die dort lebenden Palästinenser morgen die israelische Staatsangehörigkeit erhielten, kämen sie schon auf einen Bevölkerungsanteil von 45% aller Staatsbürger Israels. Es würde nicht lange dauern, bis sie im Parlament die Mehrheit hätten und ganz legal und legitim den Judenstaat abschaffen könnten. Damit wäre die Annexionsfantasie *ad absurdum* geführt, aber jene Fanatiker, die behaupten, das Westjordanland sei für Israel eine unverzichtbare göttliche Verheißung, sind vernünftigen Argumenten nicht zugänglich.

*Abdallah Frangi:* Netanjahu war vor Kurzem eingeladen, eine Rede vor den Abgeordneten beider Häuser des amerikanischen Parlaments zu halten. Die Zuhörer standen 42-mal auf und applaudierten. Der amerikanische Präsident aber entschied sich, Netanjahus Rede nicht anzuhören, und das hat mich gefreut.

Es darf nicht so weit kommen, dass wir, wenn über diesen Konflikt gesprochen wird, nur Israel auf der Landkarte und nur die Wünsche der Juden sehen. Nein! Sie sind auch nur Menschen wie andere. Die Siedler in den palästinensischen Gebieten leben dort *auf Kosten* der Palästinenser *und* der Israelis. Den Israelis bringen sie neue Kriege. Wer glaubt, die Palästinenser verzichten auf einen eigenen Staat, irrt sich. Für uns Palästinenser ist die Zweistaatenlösung die einzig akzeptable Lösung. Dafür haben wir auf zwei Drittel unseres Landes verzichtet. Unser Staat ist heute anerkannt von den meisten Völkern der Welt und vielleicht von 40% der Israelis. Sollen wir bei Netanjahu oder einem anderen Ministerpräsidenten Israels auf *good will* warten? Oder auf einen Multimilliardär wie Außenminister *Lieberman*, der selbst Geschäfte mit dem Siedlungsbau macht? Sie leben auf Kosten der Palästinenser und nehmen uns das Land weg. Die Welt schaut dabei zu, und andere Israelis sagen, dass sie das nicht ändern können. Warum eigentlich nicht? – Wir alle haben aus der Geschichte des Nationalsozialismus gelernt. Wir werden uns für die Menschenrechte einsetzen und ihre Missachtung nicht zulassen. Aber vor allen anderen müssen sich die Menschen in Deutschland dafür einsetzen, dass ein Palästinenserstaat entsteht.

Wer glaubt, dass irgendwann mit palästinensischer Mehrheit die Gesetze in Israel geändert werden könnten, täuscht sich. Israel ist ein Staat mit

einem Rechtssystem, gegen das niemand etwas ausrichten kann. Ich bin mit einem von Israel ausgestellten Ausweis hierher gereist. Damit kostete es vier Stunden, um aus dem Gazastreifen herauszukommen, vier Stunden bis Ramallah, vier Stunden von Ramallah bis Jericho und eine Übernachtung in Amman, um von dort mit dem Flugzeug nach Frankfurt zu kommen. Ich bin gegenüber jedem, der mich an den Checkpoints kontrolliert, vollkommen machtlos. In einem Einheitsstaat die Mehrheit bekommen zu können, ist eine Illusion. Wir schaffen es, wenn wir frei sind. Israel muss darauf verzichten, die Rechte anderer zu missachten, aber diese für sich selbst in Anspruch zu nehmen, um besser leben zu können.

*Ulrich Schneckener:*  
Die Bildung eines palästinensischen Staates ist sicherlich auch eine Frage der innerpalästinensischen Aussöhnung.

Herr Frangi, wie sehen Sie den Prozess zwischen Hamas und Fatah, der innerhalb der palästinensischen Autonomiebehörde läuft? Gibt es dort Entwicklungen oder eher Stillstand?



Ulrich Schneckener

*Abdallah Frangi:* Die Tatsache, dass Gaza von der Westbank abgeschnitten ist, erschwert die Verständigung zwischen den Menschen. Die PLO war die einzige demokratische Organisation im arabischen Raum seit 1974, wir haben alle Parteien integrieren können. Nur können wir es nicht schaffen, wenn 2 Millionen Menschen in Gaza einfach eingezäunt werden und die anderen durch 300 Checkpoints voneinander getrennt sind. Das Problem ist nicht, dass wir untereinander nicht reden oder uns verständigen könnten. Im Gegenteil, Hamas und Al Fatah haben weniger Probleme miteinander als *Naftali Bennett* mit der neuen Linken in Israel. Wir wollen miteinander reden, aber es fehlen wichtige Voraussetzungen dafür.

Wer kann ernsthaft glauben, Israel könne in seinen Grenzen sicher leben, wenn wir als seine Nachbarn es nicht können? Heute erleben wir eine Entwicklung, die ich mir nie hätte vorstellen können: In den arabischen

Ländern, in denen aktuell gekämpft wird, beteiligen sich an diesen Kämpfen fast 12.000 junge Europäer. Wie konnten alle Geheimdienste diese Entwicklung verschlafen? Es gibt eine gefährliche Entwicklung in Syrien, die viel radikalere Kräfte hervorbringt, als Assad es je war. Wir Palästinenser haben eine Einheitsregierung gebildet, die nicht nur von Hamas und Fatah getragen wird, sondern von allen Palästinensern mit Zustimmung bedacht wird. Natürlich haben wir Konflikte. Die Hamas ist z.B. der Ansicht, dass sie in Gaza allein regieren kann. Das aber geht nicht. Dem steht nicht nur Al Fatah entgegen, sondern auch alle anderen palästinensischen Organisationen. Dieser Konflikt ist nur intern zu lösen. In der Bundesrepublik habe ich erlebt, unter welcher komplizierten Diskussionsprozessen die Grünen entstanden sind, und es hat auch lange gedauert, bis SPD und CDU zusammen eine Regierung bilden konnten.

*Avi Primor:* Frau Asseburg sagte, bei den letzten Nahost-Verhandlungen hätten die USA eindeutig Position gegen die Palästinenser bezogen. Das trifft zu, aber am Ende war es US-Außenminister Kerry, der offen sagte, dass es an Israel lag, dass die Verhandlungen gescheitert sind.

Herr Frangi hat die besonders drückenden, weltweit einzigartigen Bedingungen kritisiert, unter denen sein Volk, die Palästinenser, leben muss. Dem stimme ich zu. Aber es gibt auch einen Staat im Nahen Osten mit einem einzigartigen Merkmal: Kein Staat der Welt außer Israel wird offen mit Vernichtung bedroht. Im Nahen Osten aber wird die Existenz Israels vielfach bedroht und uns wird die Vernichtung versprochen. Der oberste Rechtsgelehrte des Iran *Ali Chamene'i* und die Revolutionsgarde *Pasdaran* hinter diesem, die die Macht im Iran in Händen halten, wiederholen stets, dass sie Israel vernichten werden. Man kann sagen, dass sei populistisch und demagogisch oder Ausdruck eines internen Machtkampfes in der islamischen Welt – für den Mann auf der Straße in Israel ist das sehr ernst. Das macht Angst, und die Extremisten bei uns können diese Angst schüren. Das tun sie auch. Sie nutzen das für den Machtkampf innerhalb Israels. Aber die Drohungen sind Tatsache, der israelische Bürger hört regelmäßig, dass man ihn physisch vernichten will, und das erzeugt eine entsprechende psychische Verfassung.

Sicherheit ist für Israel etwas sehr Bedeutungsvolles. Dazu eine Geschichte: *Marwan al-Muasher*, von 2002 bis 2004 jordanischer Außenminister, sollte 1995 auf Empfehlung seines Königs erster Botschafter Jordaniens in Israel werden. Er hasste Israel und war empört, dass der König ihn für diesen Posten empfohlen hatte. Später berichtete er in einem Buch, dass er in Israel ganz selbstverständlich wie ein Ehrengast empfangen worden sei. Alle wollten ihn einladen, alle erwiesen ihm Ehre. Seine Meinung über

Israel wollte er dennoch nicht ändern. Er blieb so anti-israelisch, wie er war. Er schrieb, die Israelis redeten immer nur von ihren ›Sicherheitsproblemen‹, was er als Frechheit und Heuchelei empfand. Er war der Meinung, dass – im Gegenteil – die Jordanier und die Palästinenser Sicherheit bräuchten und Israel seine Sicherheit immer als Vorwand nehme, beide anzugreifen und zu unterdrücken. Nach seinen Jahren in Israel hatte al-Muasher verstanden, dass die Israelis fest von der Bedrohung überzeugt sind und dass ihre ständige Rede darüber keine Heuchelei ist. Er riet den Jordaniern und Palästinensern, dies ernst zu nehmen, wenn sie mit den Israelis zurechtkommen wollen. Das ist für mich wahrhaftig der Schlüssel zu einer Lösung: Man muss die israelische Bevölkerung in Sachen Sicherheit überzeugen können – ob man ihre Sorge für gerechtfertigt hält oder nicht. Erst dann wird die israelische Bevölkerung Druck auf die eigene Regierung ausüben. Als wir mit Ägypten verhandelten, erfuhren wir dafür bereits ein Beispiel. Was die Regierung nicht wollte, wünschte sich aber die Bevölkerung: nämlich den *Frieden*, und so ist es schließlich auch gekommen.

Wir müssen uns darauf konzentrieren, aus der Klemme herauszukommen. Wie finden wir aber eine Lösung, wenn zugleich Unrecht und Verbrechen geschehen? Ich sage, es gibt nur eine Möglichkeit, die israelische Bevölkerung zu überzeugen. Und das liegt leider nicht in den Händen der palästinensischen Regierung in Ramallah, da sie zu schwach ist. Zusätzlich gibt es das Problem der Hamas. Nicht nur wegen Israel, sondern auch wegen Ägypten sind die Verhältnisse im Gazastreifen heute so, wie sie sind. Nicht nur die Israelis blockieren den Gazastreifen. Die Hamas gilt heute als Feind Nr. 1 des ägyptischen Regimes. An der Grenze zwischen Ägypten und dem Gazastreifen bewegt sich gar nichts. Wenn überhaupt Ware bzw. Nahrungsmittel in den Gazastreifen kommen, kommen sie aus Israel. Ich glaube, dass das, was wir brauchen, auch die Palästinenser akzeptieren, nämlich eine internationale Truppe, die die israelische Besatzungstruppe nach ihrem Abzug aus dem Westjordanland im Rahmen eines Friedensvertrages ersetzt; eine internationale Truppe, die in das Westjordanland geht, um Sicherheit nicht nur zu beobachten oder zu bewachen, sondern, wenn nötig, zu erzwingen. Sicherheit für Israelis *und* für die Palästinenser, z.B. auch gegenüber extremistischen israelischen Elementen; eine internationale Truppe, die gegen extremistische Elemente zu kämpfen bereit ist, im Einklang mit den israelischen und palästinensischen Streitkräften und Behörden. Damit diese Truppe nicht selbst zu einer Besatzungstruppe wird, muss ihr Mandat zeitlich begrenzt werden. Ich glaube, dass die Palästinenser dazu bereit sind.

*Ulrich Schneckener:* Frau Asseburg, wie schätzen Sie den Vorschlag von Avi Primor ein, die Sicherheitsgarantien zu internationalisieren? Könnten das Europäer und Amerikaner leisten? Und wo sehen Sie auf beiden Seiten gesellschaftliche Potenziale und politische Kräfte, einen Friedensprozess einzufordern und konstruktive Beiträge dazu zu leisten?

*Muriel Asseburg:* Ich stimme Herrn Primor zu: Sicherheit wird es nicht ohne eine internationale Implementierung geben, die durch Truppen begleitet wird, Truppen, die bereit sind, Frieden zu erzwingen, wenn es notwendig ist, und nicht nur als Puffer zwischen den Konfliktparteien da zu sein.

Das wird auch deshalb notwendig sein, weil es eine relativ lange Übergangsphase geben wird, in der bis zu 300.000 Menschen evakuiert werden müssen. Der UN-Sicherheitsrat muss die Umrisse einer solchen Regelung vorgeben.

Zwei Probleme sehe ich dabei: erstens sagen israelische Ansprechpartner aus dem gesamten politischen Spektrum und aus



Muriel Asseburg

dem Sicherheits-Establishment, dass es keine externen Sicherheitskräfte gebe, denen Israel für die Gewährleistung der eigenen Sicherheit vertrauen würde. Die Europäer könnten nicht einmal die Konflikte in Europa lösen, heißt es, und auch andere hätten sich als ungeeignet erwiesen. Das Ver-

trauen, dass internationale Truppen so etwas umsetzen können, ist in Israel sehr gering. Das zweite Problem ist, dass weder in Europa noch bei den Amerikanern eine Bereitschaft zu erkennen ist, ein solches Mandat zu übernehmen.

Zur zweiten Frage: Wir werden in nächster Zeit aus beiden Gesellschaften heraus keine Bewegung sehen, die einen Friedensprozess einfordert. Das ist Wunschdenken. Es braucht wirklich eine internationale Regelung, aus der sich dann neue Hoffnungen und neue Bewegungen in beiden Gesellschaften ergeben könnten, und zwar Bewegungen, die Zutrauen in eine gangbare und umsetzbare Zweistaatenlösung haben, die sie unterstützen. Allerdings sehe ich nicht, dass diese Option von internationaler Seite vorangebracht wird, nicht zuletzt deshalb, weil dieser Konflikt auf der internationalen Prioritätenskala weit nach hinten gerückt ist.

*Avi Primor:* Sie haben recht, Frau Asseburg, wenn Sie an die Erfahrungen mit den UN-Truppen von 1949 bis heute erinnern. Seit damals war es die Mission der verschiedenen internationalen Truppen im Nahen Osten, zu beobachten und Berichte zu schreiben, nicht aber etwas in Bewegung zu setzen, etwas zu verhindern, sich einzumischen. Heute brauchen wir eine Truppe, die Sicherheit *erzwingen* müsste. Eine solche Truppe hätte verhindert, dass die Hamas die Fatah aus dem Gazastreifen vertreibt. Aber so eine Truppe muss mit beiden Seiten im Einvernehmen sein.

Ein Beispiel: Die ganze Welt hat doch gehört, wie oft Netanjahu von einem ›Angriff‹ gegen den Iran gesprochen hat. In Israel hieß es, er habe etwa 4 Milliarden Euro in diesen Plan gesteckt. Der Plan wurde aber nicht ausgeführt, denn die Sicherheitsbehörden, die Generäle und die Geheimdienste waren dagegen. Alle sagten, das sei nicht machbar und führe in die Katastrophe. Das hat die israelische Öffentlichkeit beeinflusst. Netanjahu fand sich ohne Rückendeckung seitens der Bevölkerung wieder. Wenn Sicherheitsbehörden, Generäle und Geheimdienste in Israel ihrer Bevölkerung sagen würden, dass eine internationale Truppe ins Land kommt, der man vertrauen kann, wird das die Mehrheit der Israelis akzeptieren. Wir brauchen eine entschlossene, kämpferische Truppe, die mit beiden Seiten im Einklang arbeitet. Wer soll das machen? Für die Israelis käme nur eine Truppe in Betracht, die US-Amerikaner. Die werden es aber aus innenpolitischen Erwägungen nicht machen. Die USA werden auf keinen Fall etwas tun, wenn sie es alleine machen müssen. Aber Truppen kann man finden, es gibt weltweit Truppen, die bereit sind, so ein Mandat zu übernehmen. Die Frage ist nicht, wer diese Truppen sind, sondern wer die Politik, die Mission und die Finanzierung der Truppe bestimmt. Das ist das Entscheidende. Aber auch das werden die Amerikaner nicht alleine machen wollen,

weil sie unsicher sind und Unterstützung brauchen. Die einzige Unterstützung, die sie bekommen könnten, ist eine europäische Unterstützung, die der Europäischen Union. Ich glaube, dass es in der EU eine große Bereitschaft gibt, sich wirklich zu engagieren, um Frieden im Nahen Osten durchzusetzen, denn das liegt im Interesse Europas.

Allerdings werden sich die Europäer aus einem einzigen Grund nicht bewegen, weil nämlich die Deutschen nicht mitmachen werden. Die meisten Europäer wären bereit, sich in Zusammenarbeit mit den Amerikanern für einen echten Frieden in Nahost in Bewegung zu setzen. Die Deutschen sind allerdings, wenn es um Israel geht, immer noch befangen und gehemmt. Darin sehe ich das Hauptproblem.

*Ulrich Schneckener:* Im Zusammenhang mit dem Oslo-Friedensprozess entstanden zahlreiche zivilgesellschaftliche Projekte zwischen Israel und Palästina. Es gibt sogar die These, dass ›Oslo‹ nur möglich war, weil es vorher sehr viele Bemühungen gab, über solche Projekte, an denen beide Seiten beteiligt sind, eine Art ›Frieden von unten‹ zu stiften. Was ist aus dieser Perspektive geworden? Man hört sehr wenig davon, und es verbreitet sich der Eindruck, dass die Sprachlosigkeit zwischen Israelis und Palästinensern zugenommen hat. Ist das richtig? Falls ja: Brauchen wir nicht eine Erneuerung dieser Perspektive und wie ließe sich dies stärker fördern?

*Abdallah Frangi:* Ja, direkt nach dem Osloer Abkommen haben wir viele gemeinsame Projekte gemacht. Sogar ein Flughafen wurde im Gazastreifen gemeinsam gebaut, den auch viele Israelis nutzten. Und es gab viele Anhänger der israelisch-arabischen Parteien, die mit jüdischen israelischen Freunden nach Gaza kamen. Das ist 20 Jahre her, und wir mussten seitdem vier oder fünf brutale Kriege erleben. Natürlich kann man dann nicht mehr über derartige Projekte reden.

Ich möchte zur Frage nach einer internationalen Friedenstruppe zurückkehren. Als die Israelis 1956 zusammen mit den Franzosen und Engländern Ägypten überfallen und den Gazastreifen besetzt hatten, gab es einen Beschluss des Weltsicherheitsrates, der die Besatzungstruppen dazu verpflichtet, sich zurückzuziehen. Es ist eben eine Frage des politischen Willens. Heute sollte man die Amerikaner vielleicht aus dem Sicherheitsrat entlassen, weil sie nicht mehr bereit sind, sich in Konflikte involvieren zu lassen, die zu militärischen Auseinandersetzungen führen könnten. Ich meine, die Europäer müssen das machen. Die Deutschen haben eine Führungsrolle in Europa, die allerdings zum Stillstand kommt, wenn etwas gegenüber Israel unternommen werden soll. In fast allen europäischen Parlamenten wurde über die Anerkennung eines palästinensischen Staates

beraten. Nur in Deutschland war man zurückhaltend und konnte das nicht einmal diskutieren. Im Gegensatz dazu nahm die deutsche Regierung an den Atom-Verhandlungen mit dem Iran, an denen sich auch die USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich beteiligten, engagiert teil. Auf diese Weise könnte man also auch bei uns etwas mit den Deutschen machen. Es fehlt eine Führung im Weltsicherheitsrat, in Europa und den USA. Man kann in diesem Konflikt nur etwas bewegen, wenn man ein Konzept hat. Wenn Soldaten entsandt werden, muss klar sein, woher sie kommen, wer sie finanziert und welches Ziel sie verfolgen. Das Ziel ist klar: 1947 wurde Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat geteilt. Der jüdische Staat existiert, der arabische Staat noch nicht. Die Weltgemeinschaft muss dahin kommen, diesen Staat zu *erzwingen*.

Es gibt auch andere Mittel, als Soldaten zu schicken, z.B. politischen und wirtschaftlichen Druck auszuüben. Wenn Israel und die israelische Bevölkerung merken, dass auch die Weltgemeinschaft nicht mehr bereit ist, die unverantwortliche Politik der Israelis zu verteidigen, werden sie nachgeben. Israel ist eine offene Gesellschaft mit sehr vielen Zeitungen. Die Bevölkerung wird es schnell bemerken, wenn die Regierung sich stur stellt, wie es Netanjahu jetzt tut. Er hat mit der Angst gespielt, um gewählt zu werden. Vor den Wahlen schien es, als ob er es nicht mehr schaffen wird. Dann behauptete er, die Araber würden die Existenz Israels infrage stellen und die Amerikaner machten gemeinsame Sache mit dem Iran. Er hat auf eine Politik der Angstmache gesetzt. Israel ist aber eine der stärksten Atomkräfte in der Welt. Kein Land wird es wagen, mit Israel Krieg zu führen. Wenn die Bevölkerung darüber Klarheit hätte, bräuhete sie keine Angst zu haben.

*Avi Primor:* Zu Beginn des Osloer Prozesses hatten wir große Hoffnungen, dass wir nicht nur einen Frieden schließen, sondern diesen auch ausbauen werden, damit er hält. Es wurden Projekte auf Regierungsebene beschlossen, nationale Projekte mit Beteiligung beider Seiten, aber das Ganze scheiterte und zerfiel. Bis die Regierungen wieder so weit sind, einen Frieden zu schließen – denn nur Regierungen können das –, brauchen wir eine Zusammenarbeit oder zumindest Kontakte zwischen den Menschen auf beiden Seiten. Wir müssen zwischenmenschliche Beziehungen entwickeln. Selbst wenn die Regierungen Frieden schließen, ist unsicher, ob dieser Frieden auch halten wird. Er wird halten, wenn es dann Menschen auf beiden Seiten gibt, die gemeinsam arbeiten, Projekte entwerfen, die Region gemeinsam entwickeln und so gemeinsame Interessen entwickeln.

Es gibt auf beiden Seiten Personen, die sich um diese Dinge bemühen. Zu denen zähle auch ich. Ich habe an meiner Universität ein Zentrum für

europäische Studien gegründet, um zu vermitteln, wie wichtig die Europäische Union für Israel ist. Daraus ist ein trilaterales Zentrum entstanden, das ich nun zusammen mit einer palästinensischen und einer jordanischen Universität betreibe. Wir unterrichten in allen drei Universitäten. Nach einem Jahr schicken wir die Studierenden – Israelis, Jordanier und Palästinenser – gemeinsam nach Deutschland, wo sie ein Jahr lang zusammen an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf studieren und gemeinsam in einem Studentenwohnheim leben. Anfänglich sind sie immer sehr zurückhaltend, haben Hemmungen und Vorbehalte. Aber mit der Zeit lernen sie sich kennen, und dann sieht alles anders aus. Am Ende ist es einer ihrer größten Wünsche, den Kontakt untereinander aufrechtzuerhalten. Dazu habe ich einen Alumnikreis gegründet, der sich regelmäßig in Jerusalem und Jordanien trifft. Die Studierenden lernen, miteinander zu leben, auch wenn Meinungsverschiedenheiten bestehen bleiben. Vor allem haben sie gelernt, dass sie Menschen gegenüberstehen, mit denen sie sprechen und sich sogar anfreunden können. Das ist die Grundarbeit, die wir heute betreiben können, und ich bin nicht der einzige, der so etwas macht. Damit wir den Frieden, den die Regierungen vielleicht einmal unter internationalem Druck schließen werden, auf- und ausbauen können.

*Publikum:* Herr Primor hat einmal gesagt: Israel braucht für einen dauerhaften Frieden auch eine gute Nachbarschaft mit den Palästinensern. Solange die Palästinenser nicht in Würde leben können und ein palästinensisches Kind nicht die gleichen Chancen hat wie ein israelisches Kind, wird Israel keinen Frieden haben. – Nun gibt es in Israel eine Reihe von Gruppen, die in diesem Sinne mit Palästinensern zusammenarbeiten. Neben *Daniel Barenboim* gibt es die *Ärzte für Menschenrechte*, die *Rabbiner für Menschenrechte*, die Checkpoint-Beobachter von *Machsom Watch* und einige andere. Leider wurde bisher nicht über die psychologische Seite gesprochen. Ich muss immer wieder feststellen, dass die Kinder in Israel vom Kindergarten an eine ideologische Erziehung erhalten, die sie mit 18 bereitwillig zum Militärdienst gehen lässt. Was später an Brutalität und Gewalttätigkeit an den Checkpoints und im Gazastreifen geschieht, ist auch eine Folge dieser Erziehung.

*Publikum:* Herr Primor, wie erklären Sie sich die außerordentliche Schwäche der israelischen Linken? Sie haben von Mehrheiten in Israel gesprochen, die gegen die Besatzung seien. – Wo sind die Politiker und die Organisationen, die dies in politische Mehrheiten umsetzen?

*Publikum:* Herr Primor, Ihr Vorschlag, eine internationale Friedenstruppe einzusetzen, ist sehr bedenkenswert. Aber heißt das nicht, dass dann alle Siedlungen aufgelöst werden müssten?

*Publikum:* Ist für eine friedliche Lösung eigentlich eine Zweistaatenlösung unbedingt erforderlich? Welche Folgen hat eine neue Staatengründung? Europa musste erleben, dass nach Staatengründungen zwei Weltkriege entstanden. Gibt es eine andere mögliche Lösung? Wäre vielleicht eine säkulare Ausrichtung des israelischen Staates mit gleichen Rechten für *alle* Menschen eine bessere Option?

*Avi Primor:* Die binationalen Staaten, die es in Europa gab, bestanden nicht aus Feinden. Für uns in Israel ist ein binationaler Staat utopisch. Nationen brauchen ihre eigene Identität, nur so können sie in Würde leben. Das ist auch die Grundlage der zionistischen Bewegung. Ihr Gründer sagte einmal: solange die Juden nicht ein normales Volk werden, mit einem eigenen Staat und eigener internationaler Souveränität, werden sie nicht in Würde leben. – Warum sollten die Palästinenser nicht das Gleiche beanspruchen? Warum sollten sie nur gleichberechtigte Bürger in einem israelischen Staat sein? Sie brauchen ihren eigenen Staat. Wenn wir zwei gleichberechtigte Staaten haben, wenn wir dann wirklich auf Augenhöhe miteinander sprechen und jeder in seinem Staat in Würde lebt, wäre es eine ganz andere Überlegung, eine Föderation anzustreben. Aber zuerst müssen die Palästinenser ihren eigenen Staat haben. Alles andere kann man nicht im Voraus diktieren.

Die Schwäche der israelischen Linken, besser: der Gemäßigten, resultiert hauptsächlich aus Angst. Eine Mehrheit der Israelis wäre bereit, sich vom Westjordanland zu trennen. Aber aus Angst wählen viele von ihnen Parteien des rechten Lagers. Sie teilen wohl die Ansicht, dass die Trennung vom Westjordanland notwendig ist, befürchten aber, dass dort niemand sein wird, der die Sicherheit Israels gewährleisten kann. Diese Position kann man bestreiten, aber so denken die Leute. Netanjahu gewann bei den letzten Wahlen 25 Mandate, die Arbeitspartei 24. Die Kluft zwischen beiden Lagern ist nicht groß. Wenn man eine Antwort auf die Angst der Leute hätte, könnte man sie überzeugen, die Gemäßigten zu wählen.

Die Frage nach der Zukunft der Siedlungen ist eine Hauptfrage. Als Obama 2009 an die Macht kam, befasste er sich gleich mit dem Nahen Osten. Er war und ist darauf erpicht, hier einen Frieden zu erzielen. In seinem 2005 erschienen Buch *Die Kühnheit der Hoffnung* schreibt er, dass Frieden im Nahen Osten ein dringendes amerikanisches Interesse ist und die Amerikaner sich deshalb darum bemühen müssten. Er hat allerdings

den Fehler gemacht, mit der Siedlungsfrage zu beginnen und damit viel Zeit verloren. Natürlich darf man keine Siedlungen bauen, sondern man muss sie räumen. Aber das hat keine Priorität. Der *erste* Punkt muss die Frage der Grenzen sein. Die Palästinenser wollen einen eigenen Staat; Netanjahu sagt – ehrlich oder nicht –, dass er für eine Zweistaatenlösung ist. Also bitte, meine Herren, wo verläuft die Grenze zwischen den beiden Staaten? Zu einer Antwort auf diese Frage hätte uns Obama drängen sollen. Denn wenn wir eine Grenze haben, gibt es keine Siedlungen mehr. Jenseits der Grenze will niemand Siedlungen bauen. Jahrelang haben wir gesagt, wie wichtig es sei, Siedlungen im Gazastreifen zu haben. Heute gibt es keinen Israeli, der dafür wäre, dort Siedlungen zu bauen, weil wir mit dem Gazastreifen eine international anerkannte Grenze haben.

Ohne Siedlungen zu räumen, wird es keinen Frieden geben. Wie aber kann man Siedlungen räumen? Es leben immerhin 300.000 Siedler im Westjordanland. Es geht aber nicht darum, alle 300.000 zu evakuieren, da die Mehrheit der Siedler in zwei großen Blöcken direkt hinter der israelischen Grenze von 1967 lebt. Die Frage ist, ob Israel diese Gebiete annekieren darf und die Palästinenser dafür Land aus dem Kernland Israels bekommen. Es geht um Landaustausch. Ich weiß, dass die Palästinenser dem zustimmen werden, wenn sie genauso viel Territorium bekommen. Wenn wir das machen, haben wir das Problem der Mehrheit der Siedler gelöst. Dann bleibt noch das Problem der verstreuten Siedlungen überall im Westjordanland. Das betrifft 50.000 bis 60.000 Leute, die man räumen muss. Aber wie kann man 50.000 fanatische Siedler räumen, ohne dass es zu einem Bürgerkrieg kommt? Nicht alle der verstreuten Siedler sind Fanatiker und ideologisch motiviert. Ein Großteil davon ist nur aus wirtschaftlichen Gründen dorthin gegangen. Man hat ihnen eine Villa versprochen und gute Lebensbedingungen. Die Villa haben sie bekommen, aber die Lebensbedingungen sind im Westjordanland nicht immer gut. Diese Leute würden gern gegen eine Entschädigung in das Kernland Israel zurückkehren. Das ist also eine Geldfrage und damit machbar. Und wenn wir es dann mit 20.000 oder 30.000 Fanatikern zu tun haben, ist das sicherlich nicht angenehm, aber machbar. Das haben wir bereits in der Vergangenheit auf ägyptischem Boden oder im Gazastreifen geschafft. Man kann das Problem lösen. Die Frage ist, ob man den politischen Willen dazu hat. Und unsere heutige Regierung hat diesen Willen offensichtlich nicht.

*Abdallah Frangi:* In der Frage der Siedlungen gibt es unterschiedliche Ansichten. So beträgt nach israelischen Angaben die Zahl der Siedler in der Westbank und Ostjerusalem nicht 300.000, sondern 550.000. Würde

Netanjahus Siedlungspolitik fortgesetzt, würde die Westbank so zerstückelt, dass dort kein lebensfähiger Staat bestehen kann. Grundsätzlich ist zu fordern, dass die Siedler das Land verlassen müssen und entschädigt werden. Anfangs wollte auch kein Siedler aus Gaza weggehen. Aber mit Ägypten ist unsere Lage nicht zu vergleichen. Ägypten hat eine anerkannte Grenze, eine starke Armee und konnte 1973 einen Krieg führen – all das besitzen und können die Palästinenser nicht. Wir sind in einer Situation, in der wir uns nur auf das Recht stützen können, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Je länger wir warten, desto mehr Siedlungen werden in den palästinensischen Gebieten gebaut und umso schwieriger wird es, einen Kompromiss in diesem Punkt zu finden.

Auch unter den Palästinensern gibt es radikale, gemäßigte und vernünftige Kräfte. Gerade jetzt nimmt in der Region um Israel die Zahl der Radikalen zu und ihre Aktionen werden intensiver; sie werden auch künftig eine große Gefahr darstellen. Im Irak entstehen neue Grenzen: Die Kurden haben schon erklärt, dass die Grenzen ihres Staates ›mit ihrem Blut gezeichnet‹ werden. Die Sunniten in Syrien sagen das Gleiche. Wenn die jetzige Politik fortgesetzt wird, werden bald im gesamten Nahen Osten neue Grenzen entstanden sein, und auch Israel und die Palästinenser werden davon betroffen sein. Wenn wir jetzt miteinander erfolgreich über einen Palästinenserstaat verhandeln, können wir über die Grenzen, die Siedlungen, die Entschädigungen, das Wasser und alles andere reden. Zwischen zwei Staaten besteht immer die Möglichkeit für einen Kompromiss. Später könnten wir tatsächlich auch über eine Föderation oder Konföderation reden. Aber man kann nicht von den Palästinensern, die ihre Identität suchen, verlangen, dass sie sich mit einer Einstaatenlösung zufrieden geben können. Und wenn die Siedler sich weigern, das Land zu verlassen, muss man eine Lösung finden. Im Moment haben wir eine Lösung in Form einer *de-facto*-Politik der radikalen Rechten Israels. In den besetzten Gebieten wachsen Siedlungen wie Pilze. Ich hoffe, dass auch die Kräfte in Israel und Palästina wachsen, die, mit Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft, zusammenarbeiten, um diejenigen zu unterstützen, die vernünftig und zu einem Kompromiss bereit sind. Vielleicht brauchen wir dann keine Armee.

*Muriel Asseburg:* Die Räumung der Siedlungen ist tatsächlich vor allem eine Frage des politischen Willens. Der aber ist nicht vorhanden. Seit 1967 haben *alle* israelischen Regierungen Siedlungen ausgebaut. Es gibt, abgesehen vom Abzug aus dem Gazastreifen und den vier isolierten Gebieten in der Westbank, keine Gegenbewegung. Schwer wiegt auch die Frage der Siedlungen in Ostjerusalem. Es ist nicht als gegeben hinzunehmen, dass

israelische Siedler in Ostjerusalem, wo sie jetzt siedeln, bleiben können. Denn so kann es keine palästinensische Hauptstadt und kein zusammenhängendes palästinensisches Siedlungsgebiet in Ostjerusalem geben. Wichtig wäre ein sofortiges Siedlungsmoratorium, während man über die künftigen Grenzen verhandelt. Jerusalem wird als Knotenpunkt eines palästinensischen Staates jeden Tag unbrauchbarer gemacht. Ich habe große Zweifel, ob das noch funktionieren kann, wenn die Siedlungstätigkeit weiter voranschreitet.

Herr Primor und Herr Frangi stimmen überein, dass die Zweistaatenlösung die einzige Option ist, um beiden Völkern ihre Würde zu gewährleisten. Aber dazu bedarf es keiner Eigenstaatlichkeit. Nötig ist dafür vielmehr, dass Fremdherrschaft abgebaut wird und Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden können, wie sie regiert werden. In vielen arabischen Staaten haben die Menschen einen eigenen Staat, können aber nicht in Würde leben. Der Staat an sich garantiert noch nicht Würde, erfolgreiche Konfliktregelungen und Augenhöhe zwischen zwei Gesellschaften. Da wir aber international das anerkannte Paradigma einer Zweistaatenlösung für Israel/Palästina haben und auch die Bevölkerungen dem mehrheitlich zustimmen, ist es sinnvoll, an diesem Weg festzuhalten. Momentan ist dies allerdings eine Utopie, niemand arbeitet wirklich aktiv in diese Richtung.

Solange das so ist, sollte man sich darauf konzentrieren, eine Situation zu schaffen, in der die Rechte und die Würde aller auf andere Weise gewährleistet werden können, auch wenn es nur eine Zwischenregelung ist.

*Ulrich Schneckener:* Es ist wichtig, immer wieder neu über den Nahost-Konflikt nachzudenken. Er begleitet uns schon lange, erhält aber unterschiedliche Aufmerksamkeit. Sowohl die USA als auch das deutsche Außenministerium dürften diesen Konflikt derzeit nicht zu den fünf Top-Prioritäten in der Welt zählen. Insofern ist festzustellen, dass die Geduld der internationalen Öffentlichkeit und Staatengemeinschaft nicht grenzenlos ist. Lösungen können von außen, unter anderem durch Druck, gefördert werden. Und es kann ein Rahmen für eine Lösung entwickelt werden.

Letztendlich muss aber der Frieden zwischen den beiden Völkern und Regierungen geschlossen werden. Diese harte Arbeit kann beiden Seiten wohl niemand abnehmen.